

Schuhmacher-Fachblatt

Erstverleger des Fachblattes,
Dann besorgt die zur Arbeit!

Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1.10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Nach zu beziehen durch die Expedition in Othla. Kreuzbandbestellungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland nach 4 Exemplare à 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Bettrags-Preisliste unter Nr. 6773 — Inserate werden mit 25 Pf. die dreizehnpolte Zeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 41

Seits, 18. Oktober

1901.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Lübeck.

Wir könnten auch sagen: „Der Parteitag der Arbeiterpartei“, denn die sozialdemokratische Partei ist die Partei der Arbeiter, die Partei, welche zu 95 Prozent aus Arbeitern besteht und die Aufgabe hat, überall die Arbeiterinteressen zu vertreten. Die Arbeiterpartei ist nach dem hier ebenfalls praktisch angewandten Prinzip der Arbeitsteilung die politische Vertretung, wie die Gewerkschaftsbewegung die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterinteressen ist. So bilden beide Abteilungen keine Gegenfächer, sondern gegenseitige Ergänzungen und wie daher die politische Arbeiterpresse über die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung berichtet und Kritik übt, so hat auch die gewerkschaftliche Arbeiterpresse das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei ihre Leser zu unterrichten — unbeschadet der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften. Wir halten uns verpflichtet zur Besprechung des Lübecker Parteitages, weil zweifellos zahlreiche Kollegen und Kolleginnen — leider! — kein politisches Arbeiterblatt lesen, sondern nur ein bürgerliches Parteiblatt oder sogenanntes „parteiloses Geschäft“ und Spekulationsblatt“ und weil fernere, welche Abonnenten und Leser von politischen Arbeiterblättern sind, nicht immer so viel Zeit zur Verfügung steht, um die umfangreichen Berichte über die Verhandlungen des Lübecker Parteitages zu lesen.

Vier Geschäfte beherrschten den Parteitag: Die sogenannte Bernsteinfrage, die Hamburger Accordmauerfrage, die Sozialpolitik und die Wohnungsfrage. Die Bernsteinfrage bildete keinen besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages, sondern sie wurde aufgerollt bei der Behandlung des Geschäftsberichtes des Parteivorstandes. Dabei kam es wieder zu einer sehr eingehenden, wir möchten fast sagen gründlichen Aussprache zwischen Bernstein und seinen besondern Freunden und Bebel, Kautsky und andern Genossen. Den Anlaß dazu bot ein Vortrag, den Bernstein vor mehreren Monaten im Berliner Studentenverein über die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus hielt, wobei er zu dem Schlusse gelangte, daß er denselben nur als „kritischen Sozialismus“, allerdings im Sinne wissenschaftlicher Kritik, gelten lassen könne. Wer die in den Zeitungen veröffentlichten Berichte darüber gelesen, mußte von einer Empörung gegen Bernstein erfüllt werden, da man den Eindruck erhielt,

als sei er nur nach Deutschland gekommen, um durch ununterbrochene Kritik und Selbstkritik die Sozialdemokratie in beständiger Aufregung zu erhalten, die Genossen hintereinander zu bringen und so in der That alle die stillen Hoffnungen, welche die Gegner an seine Rückkehr knüpften, zu erfüllen. Vielleicht 99 Prozent aller Genossen, welche jene Berichte gelesen, hatten die gleichen Empfindungen. In Lübeck nun hat Bernstein in offener und rücksichtsloser Weise seine Ansichten geschildert und überzeugend dargelegt und dadurch bewirkt, daß man seine Thätigkeit günstiger beurteilt; aber daß sein Vortrag im Studentenverein ein Mißgriff war, daß er in Lübeck selbst zugegeben mit den Worten, daß er am andern Tage äußerst deprimiert darüber war, daß sein Vortrag nicht das geworden, was er hätte werden sollen! Er verteidigte jedoch das Recht der Kritik, der Selbstkritik, das Recht der freien wissenschaftlichen Forschung, das zu beschränken niemanden in unsern Reihen in den Sinn gekommen und er verwahrte sich auch gegen den Vorwurf der Einseitigkeit mit dem Hinweis darauf, daß er seit seiner Rückkehr in zahlreichen Arbeiterverfammlungen in Berlin wie an andern Orten Vorträge gehalten habe. Die gereizte Stimmung, in die zahlreiche Genossen infolge jenes Vortrages geraten waren, bewies aber dem Genossen Bernstein, daß man die aus solchen Mißgriffen entstehenden Nachteile für gewichtig hält, als den Nutzen seiner Vorträge in Arbeiterversammlungen. Sehr richtig sagte Bernstein im Verlaufe seiner ersten Rede im Hinblick auf das Parteiprogramm, daß wenig darauf ankommt, ob irgend ein theoretischer Satz auch die richtige korrekte Form habe. „Die Hauptfrage sind unsere Ziele und unsere praktischen Forderungen sind die allgemeinen Grundsätze, die jeder von uns anerkennt. Würde ich sie nicht mehr anerkennen, dann würde das für mich die Ursache sein, meinen Austritt aus der Partei zu erklären.“ Nicht uninteressant in der zweiten Rede Bernsteins ist das Zugeständnis, daß er ohne den großen wirtschaftlichen Aufschwung von 1895 bis 1900 vielleicht sein Buch („Die Voraussetzungen“ etc.) nicht geschrieben haben würde. Was er dazu erklären weiter sagt, beschränkt die Thatfache, daß Bernstein eine Zeit lang das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig vergessen und dem unbegreiflichen Optimismus huldigen konnte, als sei das tausendjährige Reich des Kapitalismus angebrochen. Wir kleineren Geister waren uns vom Anfang des Aufschwunges darüber klar, daß er wiederum wie seine Vorgänger mit einer Krise endigen werde, nur konnten wir natürlich nicht voraussehen, an welchem

Termin die Wendung eintreten werde. Sie ist nun im Sommer 1900 gekommen, jedenfalls für Bernstein ebenso überraschend, wie für fast alle Kreise der bürgerlichen Welt. Diese sehr lehrreichen und interessanten Debatten haben Bernstein noch in anderer Beziehung korrigiert. Was Bebel und Kautsky über die sogenannte „Verelendungstheorie“, worauf wir gelegentlich zurückkommen werden, sagten, ist durchaus richtig und steht nicht nur in Uebereinstimmung mit dem, was uns Marx, Engels und Lassalle lehrten, sondern wird auch bestätigt durch die alltäglichen Erfahrungen. In der jetzigen Krise, die kaum 1 1/2 Jahre dauert, sind überaus zahlreiche Reduktionen der einzelnen Lohnsätze bei infolge ungenügender Beschäftigung ohnehin vermindertem Gesamtverdienst vorgekommen, Reduktionen in viel höherem Maße, als während des Aufschwunges Erhöhungen eintraten, so daß bei ungeschwächter Fortdauer der hohen Preise für alle Bedarfsgegenstände, welche die Kartelle, Syndikate etc. zuwege brachten, heute schon zahlreiche Arbeiter (schlechter daran sind, als sie vor 6 Jahren, vor dem Beginn des Aufschwunges waren. Ist das nicht kapitalistische Behütigung des Niederhaltens, der neuen und dauernden Verelendung der Arbeitermassen? Wenn der Zweck nicht auf der ganzen Linie erreicht wird, so ist das wahrlich nicht das Verdienst des Kapitals.

Die Resolution, mit deren Annahme durch 203 Ja gegen 31 Nein die Bernsteindebatte ihren Abschluß fand, hat folgenden Wortlaut: „Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Teiles der Parteigenossen erregt. In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über alle andern bezüglichen Anträge zur Tagesordnung über.“ Worauf Genosse Bernstein folgende Erklärung abgab:

„Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irren machen. Es ist mir aber auch zugleich das Votum der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgültig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mir objektiv unrecht thut, auf solchen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe.

Dreißig Jahre Schuhmacherbewegung in Hamburg.

Verarbeitet von E. Schaumburg.

Einleitung.

Wohl kaum ein anderes Gewerbe hat es so rapid um sich greifende Entwicklung vom Gewerbe der Schuhindustrie durchgemacht, wie die Schuhmacherei und weist einen immerhin noch so bedeutenen Prozentsatz aller, neuerer und neuester Produktionsmethoden auf. Es ist ein buntes Durcheinander aller möglichen Gebilde, das sich heute dem Auge des Forschers zeigt, wenn er versucht, sich in der komplizierten Materie zurecht zu finden, und das Verhältniß und die richtige Würdigung der Entwicklung wird durch die Mannigfaltigkeit der Verhältnisse bei selbständigen Gewerbetreibenden und Arbeitern außerordentlich erschwert. Dabei kann die Statistik, dieses so brauchbare Hilfsmittel bei Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse, in der Schuhmacherei und im Gewerbe eine nur geringe Anwendung finden, weil alle die feinen Unterschiede des in fortwährender Umlauf- und Umbildung begriffenen Entwicklungsprozesses statistisch nur sehr unvollkommen festgehalten werden können. Der geschichtliche Aufschwungspiegel, der sich im Handwerg langsam aber stetig vollzieht, läßt in einer Reihe mannigfaltiger Erscheinungen seine umgestaltende und einschneidende Wirklichkeit erkennen. Dieser gehören die kampfhaftesten Versuche, mittelst gesetzlicher Maßnahmen den goldenen Boden des Handwergs wieder herzustellen, die stete Flucht der im Kleinergewerbe ausgegliederten Berufsgruppen in andere Erwerbszweige, das eifrige Bekämpfen, die Konkurrenzfähigkeit durch den Handel mit Fabrikware, das Einrichten von Reparaturwerkstätten oder der Arbeitshäuser zu erhalten und nicht zuletzt die mit verbitterter Angst um die Existenz fortgesetzte ernsten Versuche, die kümmerliche Lebenshaltung der Arbeiter noch herabzurücken. Aber auch in der eigentlichen Schuhindustrie, dem Großbetrieb, ist nichts Behaltendes als der Wechsel. Neben den einfacheren aus dem Handwerg herabgegangenen Manufakturbetrieben finden wir in steigender Abnahme die modernsten, mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgerüsteten Schuhfabriken; neben dem Kleinen, mit

für wenige hundert Mark Waren ausgestatteten Laden des Kleinhandwergs, den im elektrischen Lichte strahlenden, die neuesten Moderequisiten in verschwenderischer Fülle darbietenden und mit hunderttausenden Mark Jahresumsatz rechnenden Schuhbazar.

Aus dieser kurzen Skizzierung wird der Leser ersehen können, wie schwierig es für mich war, die Entwicklung der Schuhmacherebewegung besonders in Hamburg auch nur einigermaßen der Billigkeit entsprechend zu schildern und insbesondere der Thätigkeit der Arbeiterorganisation eine vorurteilsfreie Würdigung anzubringen zu lassen.

Von der Proklamierung der Gewerbefreiheit bis zum Jahre 1900.

a) Das Gewerbe.

Das Gewerbegesetz vom 1. Februar 1865 hatte die Privilegien der alten Zunftämter endgültig aufgehoben und damit dem im Schuhmachergewerbe übermächtig an die Spitze pochenden Geiste der neuen Zeit Rechnung getragen. Längst schon vorher waren die Produktionsverhältnisse über den einseitigen Rahmen der Zunftbeschränkungen hinausgewandert. Die individuelle Beschäftigungsmethode der zum größten Teile in kleinen Betrieben ohne Lust und Nicht-Abhängigkeit mehr genügen konnten und der Verkauf fertiger, in Vorrat hergestellter Schuhwaren hatte eine immer umfangreichere Gestalt angenommen. Es erforderlich auch das Kunstgewerbe darüber machte, das von privilegierten Meistern das Gewerbe ausübten und den „Bühnenplätzen“ des Niederlandes im Stadtgebiete verlagert blieb, ja schon man an den Stadtthoren Posten aufstellte, um das Einschmuggeln von Schuhwaren aus den Vororten und Altona zu verhindern, so entstand auch ein Schuhladen nach dem andern und die Proklamierung der Gewerbefreiheit war daher nichts anderes als die Legalisierung einer längst empfindenen Notwendigkeit. In St. Pauli, das damals noch selbständige Verwaltungsbereich und Altona entwickelte sich die sogenannte Uferungsarbeit zu großer Blüte. Die Waren wurden nicht allein in eigenen Verkaufsläden, wozu die Lage St. Paulis, als am Hafen gelegen, besonders günstig war, selbsterhalten, auch nach Hamburg selbst kamen große Quantitäten. Ferner lag der überseeische Export nach Amerika und Südamerika zu ziemlich bedeutender Höhe. Bereits am Ende der siebziger Jahre beschäftigte in Altona ein Arbeitgeber

90 Arbeiter, mehrere andere 20 bis 30 Arbeiter mit Uferungsarbeit. 1833 betrug die Zahl der in der Uferungsarbeit thätigen Gesellen 716, sie stieg bis 1838 auf über 800, um dann nach dem Aufkommen der Fabrikindustrie rapid zu sinken, so daß 1890 nur noch 100 Arbeiter mit 417 Gehilfen beschäftigt wurden. In St. Pauli beschäftigten die Firmen: Töller 40 bis 50, Krönke 30 bis 35, Stumpf 25 bis 30 Arbeiter u. s. w. Hier (am die Arbeiterzahl jedoch noch schneller, am 13. September 1886 beschäftigten 112 Arbeitgeber 327 Arbeiter.

Die Mehrzahl der Arbeiter waren Heimarbeiter. Auch Hamburg selbst hatte einige Werkstätten für Exportarbeit neben den noch zu erwähnenden Fabriken. Die ersten größeren Verkaufsläden errichteten Hagenen und Bürger. Der Verkauf fertiger Schuhwaren ist dem kolossalen Anwachen der Bevölkerung nicht gefolgt. Die Bevölkerung hat sich seit 1830, wo sie 453 868 Personen betrug, auf 768 000 Personen in 1900 gesteigert und die Zahl großer Schuhverlusträgen, die mit Jahresumsätzen von 50 000 bis 200 000 Mk. rechnen, beträgt heute jetzt 29. Dagegen ist das Kleinergewerbe der Entwicklung gegenüber fast konstant geblieben.

Die Einkommensverhältnisse der Schuhmacher sind in ihrem Niedergang begriffen und das Dazwischen nach andern Berufsweigen zeigt am besten das Gefühl der wachsenden Unzufriedenheit. Im Jahre 1895 lebten nach einer 790 Personen vom Betriebe der Schuhmacherei. Direkt Gewerbstätige waren im Stadtgebiete 487 männlichen und 126 weiblichen Geschlechts. Auf dem Landgebiete 345 männliche und 4 weibliche. Die Zahl der Selbständigen betrug 2883 männlichen und 57 weiblichen im Stadtgebiet und 198 männlichen und 2 weiblichen Geschlechts im Landgebiete. Im Ganzen für fremde Rechnung arbeitend, sogenannte Hausindustrielle, waren 127 männlichen und 7 weiblichen Geschlechts vorhanden. Die Zahl der Gesellen, Sticker, Fabrikarbeiter, Lehrlinge, überhaupt aller Hilfspersonen, deren Arbeitsweise einer bestimmten Vorbildung bedarf, betrug im Stadtgebiete 1743, im Landgebiete 114 männliche Personen; weibliche Personen waren im Stadtgebiete 42 beschäftigt. In Stellung bei Hausindustriellen waren 89 männliche und 3 weibliche Personen. Die Zahl derjenigen, welche die Schuhmacherei nur als Nebenberuf betreiben, ist hier nicht aufgeführt, da nicht einwandfrei festzustellen ist, in wieviel diese ihr Einkommen aus dem Gewerbe beziehen. Nach einer von uns im Jahre 1899 aufgenommenen Statistik gehören der Zwangsinnung 812 Mitglieder an, von welchen mindestens 150 als Mit-

Aber nachdem Genosse Bebel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Mißtrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerehin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitag's diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongreßbeschlusse gebührt." (Stürmischer Beifall.)

Der Streit der Hamburger Maurer verurteilte in Lübeck langwierige Debatten, in denen neben sachlichem leider auch sehr viel persönliches vorgebracht wurde. Die ursprüngliche Forderung der Verbandsmaurer auf Aufhebung des Urteils des Schiedsgerichts wurde nicht erreicht, da die Schiedsrichter in dem Vorgehen der Accordmaurer einen Streikbruch und eine dadurch ausgeübte ehrlöse Handlung nicht zu erblicken vermochten, wovon wir allerdings die gegenteilige Meinung haben; allein es wurde schließlich doch die Form gefunden, den Verbandsmaurer gerecht zu werden. Die bezügliche, mit 230 gegen 2 Stimmen angenommene Resolution lautet:

„Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Beurteilung des Streikbruchs.“

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird ausdrücklich der Neutralität des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Partei-Organisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Accordmaurer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten.“

Ferner fand folgender Zusatzantrag von Bernstein Annahme:

„Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Befehle der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen die Demokratie.“

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampfe durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündnisse zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstoßt wider das vollentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.“

Ueber die Zollpolitik hielt Bebel, wie immer, eine vorzügliche Referat. Er beleuchtete die Zollforderungen der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen, insbesondere diejenigen der Agrarier, die Wirkungen dieser Forderungen, wie sie im Tarifentwurf Ausdruck gefunden, die Widersprüche der Regierung in der aus-

wärtigen Politik mit der Zollpolitik u. s. w. Sehr gut zeichnete Bebel den äußeren Gegensatz von Agariern und Arbeitern. „Gehen Sie einmal,“ führte er aus, in eine Volksversammlung bei Kell und sehen Sie sich dann einmal die Generalversammlung des Bundes der Landwirte bei Busch an. Dort meistens schmale und ausgehungerte Gestalten, hier Leute, von denen keiner unter 200 Pfund wiegt! Ich habe mir die Gesellschaft beim Ausgang aus dem Zirkus Busch daraufhin einmal besonders angesehen. Jeder von ihnen frogt von Gesundheit und nimmt es an Kraft mit zwei bis drei Proletariern auf.“ — So ist es in der That und da reden diese unverfälschten Agrarier von ihrer Notlage und wollen zur Hebung derselben den armen Arbeitern den letzten Pfennig durch die Verteuerung aller Lebensmittel aus der Tasche stehlen. Einstimmige Annahme fand fobann folgende, vom Referenten beantragte Resolution:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Lübeck erklärt:

Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antezedenten seiner Väter gehegt werden konnten.“

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit aufs tödlichste verletzt, wohingegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrarierturns und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten und schamlosesten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerbitterten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Auszehrung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriefeudalismus; er bedingt ferner mit Notwendigkeit die Verleumdung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolierung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man seiner zivilisierten Nation zumuten kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutalen Agrar- und Großunternehmer-Interesse diktierten Tarifentwurf; er richtet an die gesamte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unzweideutigsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Insbondere sollen auch die der Arbeiterklasse angehörenden Wähler den von ihnen in den Reichstag Gewählten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarifentwurf seine Zustimmung gibt, ein Verräter am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Vertreter zu sein.“

Auf das Referat Sabeltums über die Wohnungsfrage werden wir ein andermal näher eingehen, für heute sei nur die in der Sache beschlossene Resolution hierher gesetzt, welche lautet:

„Die Wohnungsnot ist eine allgemeine, Land und Stadt treffende Erscheinung. In den industriellen Bezirken wird sie veranlaßt durch die Zusammenballung der Bevölkerung auf räumlich beschränktes Gebiet, die eine unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise ist.“

Hier treibt das Privateigentum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkungen die Grundrente rasch und maßlos in die Höhe;

hier äußert sich die Wohnungsnot in einer schnellen Steigerung der Mieten. Diese sind um so höher, je kleiner und schlechter die Wohnungen sind, und verschlingen einen stets wachsenden Teil des Einkommens der Mieter. Die hohen Mieten zwingen zur Aufnahme von Mietsmietern und Schlaggängern und erzeugen ein Zwischmietertum, das die ärmsten Schichten seinerseits ausbeutet;

hier schafft die ungemessene Ausnützung des Grund und Bodens durch die unhygienische Ausfüllung von Licht und Luft und durch die unhygienische Zusammenballung von Wohnungen gefährliche Seuchenherde;

hier zeitigt die Ueberfüllung der Wohnungen die schwersten gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Schäden. Gegen diese gewaltige gesellschaftliche Erscheinung der Wohnungsnot erweisen sich die Heilmittel der bürgerlichen Wohnungsreformer als unzutrefflich, teils ihrem Wesen, teils der Art ihrer Durchführung nach, wie sie durch die in Staat und Gemeinde herrschenden politischen Machtverhältnisse bedingt wird. Eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot hat zur Voraussetzung einen bestimmenden Einfluß des organisierten Proletariats auf Staat und Gemeinde. Dieser allein garantiert, daß die große und vielseitige Aufgabe in ihrem ganzen Umfange und mit allen erforderlichen Mitteln in Angriff genommen wird.

Als solche Mittel fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands in erster Linie:

1. Von den Gemeinden:
 - a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
 - b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
 - c) Errichtung von kommunalen Wohnungsbüros für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittlung der Wohnungsvermietung;
 - d) Verbesserung der Bau-Ordnungen;
 - e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
 - f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigene Regie.“

Der Sitz des Parteivorstandes bleibt in Berlin und als dessen Mitglieder wurden wiederum die bisherigen: Bebel, Singer, Kamnath, Auer und Gerich bestätigt. Der nächste Parteitag findet in München statt.

Mit Befriedigung und unter dem Beifall der Versammlung konnte Singer in seinem Schlussworte als Kongreßvorsitzender konstatieren, daß die hochgepannten Erwartungen, welche die bürgerlichen Sozialreformer von Naumann über Stöcker bis Berlepsch auf die Verhandlungen gesetzt haben, täglich zu Schanden geworden seien und er konnte mit den Worten schließen: „Wenn wir jetzt auseinandergehen, jeder an die Stelle, wo er zu arbeiten hat, so thun wir das in dem Bewußtsein, daß wir bemüht gewesen sind, auch die Parteiworte für unsere Partei zu einer Lebensworte, zu einer erfolgreicheren zu gestalten. Wir werden weiter arbeiten in diesem Sinne alle miteinander, und zur Bekräftigung dessen rufen wir aus, wie immer, wenn wir auseinandergehen, als Schwurzeichen für die Arbeiterklasse Deutschlands und als Sturmruuf für unsere Gegner: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!“

Aus unserm Beruf.

— Berlin. Die Einleiter der Frühjahrsfabrik von Schweizer, Kleinstr. 17, haben wegen Vermögenslosigkeit, die anläßlich eines neuzugeführten Urteils entstanden sind, die Arbeit niedergelegt.

— Leipzig-Eitzsch. In der Buchdruckers Fabrik wurde den Embidern, Ueberholern und Büchern eine Lohnreduktion von 15—20 Prozent angekündigt. Dasselbe soll am 13. Oktober in Kraft treten.

— Genua. Hier sind Differenzen ausgebrochen. Junge ist ferngehalten.

glieder der alten freien Innung keine Arbeiter beschäftigen. Gehilfen sind beschäftigt 1050; von diesen bei 5 Arbeitgebern über 10, bei 25 über 5, so daß bei den 30 Arbeitgebern circa 200 Arbeiter beschäftigt sind, während von 783 Arbeitgebern nur noch ein kleiner Teil mehr als einen Arbeiter haben. Die soziale Lage also von mindestens 2800 das Gewerbe selbständig ausübenden Gewerbetreibenden eine nicht weniger als bebenenswerte genannt werden kann.

Wie sehr die Zahl der Gehilfen vermindert worden, ist am besten daraus zu ersehen, daß bei dem Streit 1880 1470 Arbeiter in den Listen beschäftigt wurden, während am dem im Jahre 1889 stattgehabten nur 570 beschäftigt waren. Das der daherdraufende Geist der neuen Zeit die Köpfe unserer Innungsmeister noch nicht zu erleuchten vermocht hat, tropfen sie so dicht an der Quelle des weltwirtschaftlichen Großhandels wohnen, zeigt ihr reaktionär verhaltenes Verhalten den Arbeitern gegenüber oft gar zu deutlich, wogegen bemerkt werden kann, daß ihnen die Hälloigkeit ihrer Erziehung wenigstens in den letzten Jahren ziemlich zum Bewußtsein zu kommen scheint.

Reparaturwerkstätten mit Maschinenbetrieb sind in den letzten Jahren 51 eingerichtet worden. Dann sind zu nennen die bedeutende Zahl von Treibmaschinen, welche mit alten und neuen Maschinen bandeln. In diesen beiden letzten Betriebsarten werden gegen 250 bis 300 Personen als Arbeiter beschäftigt.

Allona hatte 1900 580 selbständige Gewerbetreibende, von denen 72 Gehilfen beschäftigten. Davon beschäftigte 1 Arbeitgeber über 10, 4 über 5 Gehilfen, bei 30 waren 2 und bei 37 1 Gehilfe tätig. Also auch hier dasselbe Bild. In ganzen sind von der hohen Zahl der Gehilfen nur noch ca. 180 vorhanden, von denen aber nur noch ein verschwindender Bruchteil mit logenämter Fertigungsarbeit beschäftigt wird. Die aus diesen Darlegungen ersichtlichen fortwährenden Um- und Durchbildungen im Produktionsprozeß zeigen dem soziologischen Beobachter unübersehbar, wie schwer für den Einzelnen der Kampf ums Dasein sich gestaltet und wie sehr die Schwächeren rücksichtslos unter die Füße getreten werden.

b) Die Fabriken.

Der erste, auf den Namen einer Schuhfabrik Anspruch erhebbende Betrieb ist der der Firma Simonhohn u. Co., der im Jahre 1863 mit etwa 30 Arbeitern errichtet wurde, deren Zahl heute genau

43 beträgt. Diese Fabrik arbeitet gegenwärtig mit Stang-, Durchsch-, Einleier-, Doppel- und Ausputzmaschinen. Die meisten Waren werden, außer einem eigenen Verkaufsgeschäfte in Hamburg, im Inlande abgesetzt. Erstnastige Perjuristen und Arbeiter und Geschäftsinhaber haben nie zusammengesehen, so daß man diese Fabrik mit Recht als deutsche Selbstständigkeit bezeichnen könnte. Der diese Bezeichnung jedoch auch auf die Lage der Arbeiter ausdehnen wollte, würde sich immerhin fast im Irrtum befinden. In dem Jahre 1888 waren 27 Arbeiter und 16 Puzer, heute werden 19 Arbeiter und 4 Ausputzer (das Puzen wird mit Maschinen bewerkstelligt) beschäftigt, mit Zuschneidern, Steppern und Mädchen 43 Personen, so daß sich zunächst auch hier eine Umwidmung im Betriebe selbst konstatieren läßt. Die Löhne schwanken zwischen 21 bis 24 Mk. bei den Zuschneidern, 18 bis 24 Mk. bei den Zuschneidern, 30 Mk. bei den korporativ arbeitenden Puzern und 10 bis 12 Mk. bei den drei beschäftigten Arbeiterinnen. Die Stepperei wird als Heimarbeit angefertigt, wie ebenfalls auch in der Schuhfabrik von Philippsborn u. Freundenthal, die außerdem noch die Puzer, gegenwärtig 25, und 24 Einleier handwärtig beschäftigt. Die letztere wurde Mitte der sechziger Jahre gegründet, dann von hier nach Elmshorn verlegt, im Jahre 1881 aber wieder zurückverlegt. Die Zahl der Arbeiter ist größeren Schwankungen nicht unterworfen gewesen. Gegenwärtig sind insgesamt 127 Personen, davon 61 in der Fabrik und 66 als Heimarbeiter beschäftigt. An Maschinen sind nur Durchsch-, Doppel- und Stangmaschinen im Gebrauch. Der Durchschnittsverdienst beträgt bei Zuschneidern 21 Mk., Zuschneidern 20 bis 24 Mk. (1889 vor dem Streit 19 bis 20 Mk.), Puzern 20—, Mk., Maschinenarbeiter 22 Mk. und Einleier 17 Mk. Die von den Puzern selbst zu stellenden Fremdarbeiten belaufen sich pro Woche auf circa 1,50 bis 2,— Mk. Die niedrigen, im Winterhaute unergiebigen Fabrikräume entsprechen den hygienischen Anforderungen in keiner Weise und die Arbeiter auch sonst vielerlei Anlaß zum Hagen haben, sind fortgesetzte Konflikte im Laufe der Jahre vorgekommen. Eingehender werden wir diese noch im Kapitel Lohnbewegungen und Streiks würdigen.

Im Jahre 1873 ist die Schuhfabrik von Wsch u. Co. gegründet, in der 35 Personen beschäftigt sind, davon sind 6 Konioristen, 7 Zuschneider, 1 Hausmacher, 10 Korridorinnen, 8 Stepperrinnen, 4 Buchschneider. Der Lohn beträgt bei den Zuschneidern 20 bis 28 Mk. (ein Futterzuschneider 17 Mk.),

Stepperrinnen 8 bis 15 Mk., Korridorinnen 6 bis 12 Mk., den Buchschneider 7 und 9 Mk. Es wird meist für Export nach Schweden und Finnland gearbeitet. Sollten jedoch die Pläne unserer Ueberzeugungsjöhler verwirklicht werden, so würde diese Fabrik wahrscheinlich auf einen ganz geringen Arbeiterhaufen zusammenschrumpfen.

Bekannt haben außerdem die Schuhfabrik von Berg 1883 bis 1888 mit 50 Arbeitern und eine Ballschuhfabrik von Michaels und Co. von 1886 bis 1893 mit circa 30 Arbeitern, welche beide in Konturs geraten sind.

In Allona sind zwei Schuhfabriken, Edelmann und Hecht, und drei Pantoffelfabriken, Kahror und zwei Schmanns. Als Arbeiter werden in diesen drei Fabriken 92 Personen beschäftigt, nicht 14 Arbeiterinnen; als Hausarbeiter 19 Personen. Nur die Fabrik von Edelmann arbeitet mit Ausputzmaschine, sonst wird in den übrigen mit der Hand gewirkt und gepuzt. In zwei Fabriken erzielt die 9/10 händige Arbeitszeit. Die Löhne differieren von 18 bis 25 Mk. Die in den Pantoffelfabriken und 1 Schuhfabrik selbst zu stellenden Fremdarbeiten betragen 30 bis 50 Pf. pro Woche.

Der Stadtteil Ottenien hat 4 Schuh- und 4 Pantoffelfabriken: Lied (1863 gegründet), Pape, Rüter und Elbered; Holz, Kramer, Gavermeier und Meißner. Bekannt ist nur die etwa 100 Arbeiter beschäftigende Fabrik von Lied, die als Schuh- und Schäftefabrik mit moderner Einrichtung, was die rein technische Seite anbelangt, arbeitet. Die Zahl der Arbeiter ist heute gleichfalls geringer als noch vor einigen Jahren. Die Arbeitslöhne sind von gleicher Höhe, als die bisher geschilderten; die hygienischen Einrichtungen, Aborte und dergleichen, befinden sich in mangelhafter Verfassung. In den Fabriken Otteniens werden insgesamt circa 160 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen beschäftigt. Die sehr lange Arbeitszeit ist Regel. Eine im Jahre 1889 in Konturs getatene, ebenfalls lang Jahre bestandene Fabrik war die von Stöck u. Co., in der noch zuletzt 43 Personen beschäftigt wurden hatten.

Es zeigen die Verhältnisse in den Fabriken eine keineswegs erfreuliche Perspektive, die Arbeiter wandern aus einer Fabrik in die andere, von Hamburg nach Allona und umgekehrt, immer nur die nackte Existenz fröhend.

(Fortsetzung folgt.)

— Gest. Die hiesige Schuhfabrik von Gbr. Wurmann ist Sonntag Abend abgebrannt. Sämtliche Arbeiter sind frolos. Die Entschädigungsfälle ist unbekannt.

— Regensburger. Da am 1. Oktober 1901 die hiesige Schuhmachergewerkschaft sich auflöste, beschließen es jetzt die Sprechmeister mit einer freien Sitzung. Vielleicht gemüht sich hier der frühere Obermeister eine Sprache an, wie es sich im Umlange mit einem Kollegen gesieht.

— Der Deutsche Schuhmacher-Verband, der sich einer guten Entwicklung erfreut, veranstaltete im Februar 1902 in Frankfurt a. M. eine Jahresversammlung. Die Anwesenheit umfaßt fünf Gruppen. Gruppe 1. Fertige Schuhwaren und Schäfte: a) Gebrauchsschuhwerk, b) Luxusfußwerk, c) Haus- und Damenschuhe. Gruppe 2. Reparaturarbeiten der Schuhwaren-Fabrikation: a) Leder aller Art, b) Maschinen und Werkzeuge für Fabrikation und Reparaturbetrieb, c) Peisen und Blöde, d) Galle, Lack, Sement, Ausputzmittel, Poliermittel, Knöpfe und Fäden, Stiften, Stempel, gewebte Gamaschen und Bandage etc. Gruppe 3. Nebenartikel zum Verkauf im Schuhhandel: Putzmittel, Schmirgeln, Gade, Nagelst, Nieten, Sporen, Heise-Güsse, Bügelsch, Lederreste, Einlegesohlen etc. Gruppe 4. Nebenartikel zur Ausstattung im Schuhhandel: Laden-Einrichtungen, Schaufenster-Decorationen, Beschleunigungsmittel, Kontroll-Karten, Uhren, Bureau-Einrichtungen, Anzeiger, Leuchte, Ventilatoren, Fahräder, Bremsen etc. Gruppe 5. Diverse.

— Geschäftslage der Schuhindustrie. In Schwemningen a. N. sind die Schuhfabriken, in denen meist schwereres Schuhwerk hergestellt wird, genügend beschäftigt. Von den dortigen 200 Fabrik-Schuhmachern sind ca. 50 organisiert, lassen sich also noch zahlreiche andere Mitglieder erwerben. Im Vergleich zu den vorigen Jahren machen, deren nur ca. 130 von etwa 1500 der Organisation (Deutscher Metallarbeiterverband) angehören, sind die Schuhmacher freilich jetzt gut organisiert. Wertwüchsig ist, daß von den etwa 20 Schuhmachergesellschaften nicht ein einziger der Organisation angehört. Sie fühlen sich noch nicht etwa als „etwas besseres“ wie die Fabrik-Schuhmacher, mit denen sie nicht in der gleichen Organisation sein dürfen? Dann müßten man allerdings sagen: Dummheit und Stolz wachsen auf eine neue Holz. — Wir wollen hoffen, daß nur die Gleichgültigkeit die Ursache des bisherigen Fernbleibens ist, und daß sie sich bald ebenfalls dem Verein deutscher Schuhmacher anschließen.

— In dem Jahresbericht der Pfälzischen Handels- und Gewerbe-Kammer pro 1900 heißt es u. a. auch: Auch kam es einige Male zu Arbeitsstörungen, wozu insbesondere die Jahre sich beteiligten hatten. Die Arbeitslosen sind im Berichtsjahre wiederum gestiegen und betragen durchschnittlich 375 M. für männliche Arbeiter gegen 345 M. im Jahre 1899 und 240 M. für weibliche Arbeiter gegen 215 M. im Jahre 1899.

— Das wird wohl nicht ganz genau stimmen.

— Bilanz der Frankfurter Schuhfabrik. Aktien-Gesellschaft, vormals Otto von u. Co., Frankfurt a. M. Nach der in der Aufsichtsratsitzung vorgelegten Bilanz für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr wird der Reingewinn mit 292 084 M. (im Vorjahre 349 008 M.) ausgewiesen; daraus soll der am 30. November einberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent wie im Vorjahre vorgeschlagen werden.

— Die Zahl der Schuhmachereheparaturen ist überall im Abnehmen begriffen. Dasselbe applies auch in München wird aus Berlin berichtet, indem in dieser Weltstadt gar 90 Eheparaturen vorhanden sind. Diese Zahl wurde bei einer Umfrage, die von einem Berliner Verein, dem Freiwilligen Erziehungsverein für Schulkindern der Kaiserin, veranstaltet worden ist, um statistisches Material für eine Abhandlung „Leiden für die Berufswahl“ zu gewinnen, festgestellt. Während in einigen Handwerken über Überfüllung geklagt wird, herrscht in anderen geradezu Lehrmangel. Am auffallendsten ist die Lehrmangel im Schuhmachergewerbe. Diese Lehrmangel wird auf die Konkurrenz der Schuhfabriken zurückgeführt. Daß der knappe Lohn, die unregelmäßige lange Arbeitszeit und die dadurch entstehende Mißachtung die meiste Schuld trägt, ist unsere Ansicht.

Soziale Bundschau.

Was für bornierte Menschen die Buntler sind und wie sich dieselben verhalten lassen, bewies recht deutlich die traurige Haltung derselben auf dem Kongress in Gotha bei Besprechung der Zolltariffrage. „Ist nicht nach oben an zu gehen“, sah man davon ab, in eine Erörterung der so wichtigen Frage einzutreten. Das Querschnitt der zwei Tage über Beschäftigungsabweisung und andere sozialistische Wägen hat für die Handwerker auch nicht einen Pfingstling Wert. Dagegen wäre eine gehaltvolle Resolution gegen den Wucherer das einzig vernünftige gewesen, was die Herren thun konnten. Die Lage der Handwerker, die ohnedies eine trübselige ist, wird durch die Wucherer noch trauriger, und durch die hohen Güle auf Rohmaterialien und Halbfabrikate wird die Mehrzahl noch konkurrenzunfähiger und deren Existenz kümmerlicher. Und gegen eine so offenkundige Unbilligkeit mag dies Epigonentum nicht einmal leise zu opponieren. Da waren deren Vorreden doch ganz andere Kerle, die wenn ihre Rechte in Gefahr waren, von oben“ beistellt und geschmeielt zu werden, mit dem Schwert in der Faust drohten, Kopf und Krone daranzustellen, ihre Rechte zu behaupten. Die Kammergehaltnen von heute sind nur darauf beschränkt, im Frack auf der Treppe irgend eines Ministers durch devote Bücklinge eine Wassertruppe zu erhalten.

— Eine mehr als eigentümliche Haltung in der Arbeiterbewegung nimmt der Bundesverband ein. Seit längerer Zeit legt sich die Leitung derselben durch die geistlichen Offenen und beständigen Angriffe auf die sozialdemokratische Partei und die mit ihr sympathisierenden Gewerkschaften in offene Gegner der Partei. In einer Berliner Versammlung darüber vor diese geistliche, erklärte der Redakteur des Verbandes, daß er nach wie vor diese (taurige) Haltung einnehmen werde. Obwohl die Mitgliedsliste dieser Herren geht, zeigt die Debatte, welche der Tarifkongress bei Besprechung des Tarifschlusses an den Reichstagen und den Gewerkschaften gefandt hat, in welcher der Freude über den Gewerkschaften und Beschäftigung innerhalb des Bundesverbandes zwischen Reichstagen und Schillen Ausdruck gegeben wird. Diese Debatte unterzeichnete auch die Beschäftigten. Wie muß sich bei 12 000 Markt-Geld, der Vater der Reichstagsvorlage, gemindert haben über diese Sympathiebewegung der Wucherer. Aber auch über ihre Dummheit, denn Jobodwosty ist der Feind des Sozialisten der Arbeiter, auf dessen Krumme der Verband ruht. Das Ergebnis der Tarifberatung ist folgendes: Die Tarifkommission des neuen Tarifs ist auf 6 Jahre festgesetzt, und zwar vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1906. Der neue Tarif bringt den Bundesverband eine Volvermehrung um 71 Prozent. Beantragt waren von der Schiften 10, von manchen Orten sogar 15 Prozent Volvermehrung. Ein einheitliches Minimum von 23 M. wurde abgelehnt und dafür folgende Vorschläge beschlossen: Für Schiften bis zum 21. Jahre 21,50 M. (also 50 Pf. mehr als bisher), für Schiften von 21—25 Jahren 22 M. (1 M. mehr als bisher) und über 25 Jahren 23,50 M. (1,50 M. mehr als bisher). Die Festsetzung der Gehaltsstufen wurde abgelehnt, dafür soll beim Bundesrat dahin gewirkt werden, daß auf Grund des § 128 der S.-O. Vorschriften über die Gehaltsstufen der Lehrlinge in einem Bundesraterebene entsprechend der Tarif festgesetzten Gehaltsstufen zu lassen werden. Die Regelung der Sozialversicherung soll neu zu erziehenden Kreisbüchern übertragen werden. Innerhalb der Tarifkommission sollen paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden und zwar in allen größeren Ortschaften. Bei der Arbeitsvermittlung darf die Zugehörigkeit zu einer be-

stimmten Zerstörung der Rasse nicht in Betracht kommen, durch welche Bestimmungen das Koalitionsrecht fester gestellt ist. Die Ausnahmemaßnahmen für Maschinenarbeiter sollen fallen. Bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde eine Bestimmung in der Tarif aufgenommen, wonach Arbeitsverhältnisse, die durch staatliche, militärische, künftige, Behörden etc. veranlaßt werden, bis zur Dauer von 3 Stunden entschädigt werden.

— Auf dem 2. Handwerkers- und Gewerkschaftstag in Darmstadt wurde, entgegen dem tabulierten deutschen Bankierstag in Gotha, der in dem Beschäftigungsabweisung für die Handwerker das X und D der Rettung des Handwerkes erblühte, eine Resolution mit 31 gegen 27 Stimmen angenommen, in der betont wird, daß nur bei denjenigen Gewerben, wobei infolge mangelhafter Ausführung der Arbeiten Leben oder Gesundheit von Menschen gefährdet werden, die Einführung des Beschäftigungsabweisung schon jetzt anzuwenden sei, daß für das Handwerk in seiner Gesamtheit aber der Beschäftigungsabweisung nicht mit einem Male gesetzlich durchzuführen, sondern auf dem Wege der allmählichen Gewöhnung und Erneuerung des Handwerkes von innen heraus, vor allem durch Aufstellung der Innungsorganisationen, erstrebt werden müsse. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in dem den Handwerklern empfohlen wird, sich jetzt der Frage der Vöhrhals der Lehrlinge und deren Lehrgeld nicht zu trennen. — Ferner wurde über die Konkurrenz der Militärverhältnisse und Strafanstalten Klage geführt und beschlossen, Material zu sammeln (Zamer noch). Seit einem Wandel Jahren wird schon Material gesammelt, um an zukünftiger Stelle darzulegen, welcher Schaden durch dieselben dem Handwerkerzstand erwachse. Von besonders betroffenen Handwerkreisen wurde gleichzeitige nachdrückliche Selbsthilfe auf dem Wege der Genossenschaftsbildung empfohlen. — An Empfehlungen hat es den Handwerker a. H. jetzt nicht gefehlt.

Erwidrerung der Zahl: Leipzig.

Wenn Kollege Waprt in Nr. 33 des „Fachtblatt“ in trauriger Weise erwidert, daß endlich der flammende Protest der Leipziger Kollegen gekommen sei, den er so lange erwartet, ist ihm dies sehr charakteristisch für einen Beamten. Waprt der Protest so lange nicht veröffentlicht wurde, muß hier mit erwähnt werden. Bereits in Nr. 33 des „Fachtblatt“ sollte dies geschehen, die Redaktion erkläre jedoch in dem Protest eine „Gefahr“ für die Organisation, infolgedessen mußte derselbe erst einen Umweg nach Weipheiß machen, um dort der notwendig erscheinenden Zensur unterworfen zu werden. Am 25. August kam der Vorsitzende des Ausschusses, um mit uns zu unterhandeln und verlangte, daß wir von der Veröffentlichung des Protestes Abstand nehmen sollten. Wir wurden dahin einig, von der Veröffentlichung des Protestes abzusehen, dagegen eine Sachkonferenz abzuhalten und die Gründe im „Fachtblatt“ zu veröffentlichen. Dies ist jedoch nicht geschehen, und daher die Verzögerung.

Das Kollege Waprt schon lange auf den Protest gewartet, ist erklärlich, weil er schon vier Wochen vorher von dem Inhalt des Protestes Kenntnis hatte. Kollege Waprt schreibt, daß er sich nicht als Heilsbringer über die Bemerkung beugen lasse. Kollege Waprt, wir besaßen uns nicht mit Dummheiten, sondern für uns ist diese Angelegenheit eine ernste Sache, welche innerhalb der Organisation von höchster Bedeutung ist.

Wenn Kollege Waprt fragt, wer uns weis gemacht, daß er der Benutzer der Konferenz gewesen sei, so müssen wir ihm antworten, daß ihr jeder Kollege dafür gehalten. Wenn weiter behauptet wird, daß die Agitations-Kommission durch die Teilnahme zweier Mitglieder an der Konferenz ihre Pflicht erfüllt habe, so muß dem entgegengehalten werden, daß Kollege Waprt von unserem Zentralvorhaben beauftragt worden war, das Referat zu halten, diesem jedoch nicht nachgekommen ist. Das Kollege Waprt am zweiten Tage noch auf der Konferenz erschienen, ändert an der Sache nichts.

Es liegt uns fern, die Tour nach Jwentau als eine große That hinzustellen, wir sind einfach dem Wunsch der betreffenden Kollegen nachgekommen, weil man einmal unter Meinung über die Gründung einer Zahlstelle hören wollte. Der Hauptzweck war jedoch der, die Firma Gothaer Eule, welche Waren in den Konsumverein liefert, zu veranlassen, bessere Arbeitsbedingungen und die Koalitionsfreiheit in ihrem Betriebe einzuführen. Kollege Waprt macht uns zum Vorwurf, daß die Agitationskommission nicht mit Geldmitteln unterstützt. Ja, wozu braucht man beim Mittel, wenn die Kommission es nicht für nötig hält, wie Waprt selbst jagt, auswärts zu agitieren.

Was die Nichtentfaltung für das Referat in Leipzig anbelangt, so hätte Kollege Waprt, da er vor Schluss der Versammlung forsting, sich einfach an den Kassierer wenden können, er wäre gewiß nicht abfällig beschiden worden.

Wir kommen daher zu dem Schluss, daß ein Vereinsbeamter das Vertrauen aller Mitglieder verlieren muß. Ob das beim Kollegen Waprt zutrifft, bezweifeln wir.

Mitteilungen.

— Arnstadt. Den Mitgliedern der lokalen Arbeitslosenunterstützungskasse zur Kenntnis, daß in der letzten Mitglieder-Versammlung der Kollege Karl Himmereich, Einlingstraße 8 als Kassierer gewählt worden ist. Die betreffenden Mitglieder werden ersucht, die alten Karten gegen neue auszu-tauschen, damit ihre Mitgliedschaft erneuert wird. Solche, die dies unterlassen, werden nicht mehr als Mitglieder geführt und geben über ihre Rechte verlustig. Sorge ein jeder, damit er in der Krise, in der wir jetzt leben, wenigstens eine kleine Unterstützung bei eventueller Arbeitslosigkeit erhält. Hauptächlich die Unterlassener werden um Beschleunigung erudt.

— Dresden. Auf das Sonntag, den 13. Oktober stattfindende Versammlung der Mitglieder Kollegen werden die hiesigen Kollegen nochmals ganz besonders aufmerksam gemacht und zu reger Teilnahme an dieser herrlichen Partie erudt. Die Abfahrt findet vom Neuhäuser Bahnhof früh 7 Uhr 53 Minuten statt.

— Die Sozialmission. — Stuttgart. Am Montag, den 23. September fand hier im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Schuhmacherversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Balde Portelle bietet uns der Verein deutscher Schuhmacher. 2. Diskussion. 3. Beschließens. Die Versammlung, welche trotz des herrlichen Herbstwetters gut besucht war, wurde um 9 Uhr vom Kollegen Frohn eröffnet und eröfnete derselbe, nachdem das Bureau gewählt war, dem Kollegen Kalle-Hamburg zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort. Der Referent schilderte die Anfänge der Arbeiter-Organisationen, wonach England als die Geburtsstätte derselben zu betrachten ist. Erst als in Deutschland nach den Errungenschaften von 1848 der Kampf des Kleinhandwerkers immer deutlicher hervortrat, wurde in den Jahren 1868/69 von den Sozialdemokraten der Versuch gemacht, Arbeiterorganisationen zu schaffen und zwar mit äußerster geringen Beiträgen. Der erste Streik, welcher im Jahre 1869 stattfand, hatte jedoch gleich einen Mißerfolg zu verzeichnen. Nach diesem Streik gingen auch die Organisationen wieder zurück. Die Gründung der ersten Schuhmachergewerkschafts-Organisation auf moderner Basis fand im Jahre 1869 statt. Mit der Einführung des Sozialistengesetzes im Juli 1878 wurde dieselbe jedoch wieder zerstört. Die Gründung der heutigen Organisation fällt in das Jahr 1883, wo die bestehenden Handwerker zur Zentralorganisation verschmolzen wurden. Erst seit dieser Zeit hat sich die Lage der

Schuhmacher sowohl materiell wie physisch geboben. Zu den Orten, wo jedoch keine Schuhmachergewerkschaft besteht, ist noch heute, nach dem Ausspruch Kalle's, der Mäcker der Arbeiter der Tisch, auf welchem die Unternehmer ihr Bärsfeld treiben. Sodann jag er die Erfolge, an welchen die Organisation mit beigetragen hat, wie Lohnaufbesserungen, geregelte Arbeitszeit, Sonntagsschule und Arbeitsbedingungen, in Betracht. Ohne Organisation wäre es nicht möglich gewesen, etwas zu erreichen, nicht einmal eine Arbeitsordnung, weil ja bekanntlich die Unternehmer immer die eigenen Herren im Hause sein wollen, und sich auch heute noch häufig nicht an die Arbeitsordnung kehren, wenn ihnen nicht von der Organisation ein Damm entgegen gesetzt würde. Hieraus streifte der Redner die noch bestehende Unruhe in den Fabriken, wo die Arbeiter die Fournituren von den Fabrikanten gegen ganz willkürliche Preise entnehmen müßten und erinnerte hier an das Anerbieten des Kollegen Simon einem größeren Unternehmer gegenüber, umsonst arbeiten zu wollen, wenn er nur den Verdienst des Fabrikanten durch den Fourniturenhandel erhalte. Immerhin hat auch hier die Organisation erfolgreich eingegriffen, da teilweise schon die Fournituren unentgeltlich herabgesetzt wurden. Zwar sollte man die Macht der Organisation nicht überschätzen, man könnte nicht verlangen, daß wenn heute eine Organisation geschaffen, man morgen Lohnansprüche etc. erheben oder sogar in Streik treten könne. Hieraus geht der Referent auf den Standpunkt ein, welchen die Fabrikanten und Meister sowohl, als auch die Staats- und Verwaltungsbehörden den Arbeiterorganisationen gegenüber einnehmen und erinnerte hier an den letzten Berliner Schuhmachergewerkschaft, bei welchem zahlreiche Kollegen wegen Streikpostenstreiks gerichtlich bestraft wurden, trotzdem dasselbe gesetzlich gewährleistet ist, so daß die Gerichte teilweise häufig nicht zu verstehen sind und erwähnte die Kollegen angeführt, fester zur Organisation zu halten. Auch in Betreff des Koalitionsrechtes sind wir anderen Ländern gegenüber im Nachteil. Redner erudte namentlich die Kollegen, welche auf Wanderfahrt gehen, in solchen Orten, wo noch keine Organisation besteht, Kollegen zu gewinnen und wenn auch noch keine Zahlstelle, so doch eine Filiale zu gründen suchen. Mit Recht habe Johann Jakob anfangs der siebziger Jahre gesagt, daß die Gründung der kleinste Filiale einer Gewerkschaft von größerer Bedeutung sei als die größte Schlichtung unseres Jahrhunderts. Der Verein deutscher Schuhmacher habe auch eine enorme Mittel verbandt in der Unterstützung seiner Mitglieder, doch ist dies Geld nicht weggeworfen, denn wenn wir keine Unterstützung gewährt, würde kein jüngerer Kollege für die Organisation zu gewinnen sein, während die älteren, nachdem sie an einem Orte anständig gewohnt und keinerlei Unterstützung mehr erhalten, gemächlich dem Verein den Rücken kehren. Deshalb wäre es im Interesse der Organisation an der Zeit, auch für diese eine Unterstützung einzuführen in Gestalt der Arbeitslosenunterstützung, welche nur einen Ausgleich zwischen den jüngeren und älteren Kollegen bedeuten würde. Die Unterstützungen, die der Verein gewährt, sind doch nicht der Zweck, sondern nur die Mittel zum Zweck. Er wünschte nicht, daß die Arbeitslosenunterstützung den Kollegen jenseits über den Kopf geschlagen werde, sondern daß dieselbe bei der nächsten Krise mit großer Majorität angenommen werde. Propaganda für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu machen. Dasselbe er für keinen Fehler. Gewährt der Verein Unterstützung für Kollegen auf der Wanderfahrt, bei Streiks, für Verlorenen, für Gewerkschaft, warum nicht für Arbeitslose? Von den Gemeindegeldern würde doch jeder häufig nur die Unterstützung, welche die Maßregelung an die große Glocke zu bringen, während die ruhigen stillen Kollegen häufig keine Unterstützung beantragen, obwohl dieselben mitunter schütziger Kollegen sind, wie die ersten, weil sie ihre Agitation im stillen betreiben. Ein Ausgleich wäre hier sehr wohl am Plage und spricht auch die große Zahl der Arbeitslosen dafür. Bei 25 Pf. Beitrag pro Woche wäre es möglich, die Arbeitslosenunterstützung mit 6 M. pro Woche bei einjähriger Karenzzeit einzuführen, Redner hofft, daß mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Organisation bedeutend gestärkt werde und hält dieselbe für den besten Halt in der Organisation, da abdamn bei Lohnbesserungen und Streiks die Arbeitslosen nicht nötig hätten, den Streikenden in den Rücken zu fallen. In der letzten Pause nach dem Vortrage ließen sich fünf Kollegen aufnehmen. In der Diskussion sprach sich Kollege Kähler im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, hielt dieselbe jedoch für die Schoparbeiter für schädlich, da dieselben nie in die Lage kämen, Unterstützung zu erhalten, da die Schoparbeiter auch in der aller-schlechtesten Zeit noch immer imstande wären 4 bis 6 M. pro Woche zu verdienen. Er bezweifelte auch, daß der Beitrag von 25 Pf. ausreichen würde. Es wäre schon heute schwer, hier im Norden bei den schlechten Lohnverhältnissen die Kollegen bei 20 Pf. Beitrag für die Organisation zu gewinnen. Man könne doch nicht verlangen, daß die Schoparbeiter, welche absolut keine Aussicht auf Arbeitslosenunterstützung haben, für die Fabrikarbeiter mit bezahlen sollen. Kollege Horn sprach sich für die Arbeitslosenunterstützung aus. Kollege Frohn war dafür, daß die Unterstützung hoffentlich eingeführt werde. Nachdem noch die Kollegen Kalle, Hüppel und Bauer ihre Meinung geäußert, führte Kollege Kalle, in seinem Schlußwort aus, daß nach dem damals vorgelegten Material die Unterstützung auf 6 M. pro Woche gebacht war. Selbst die christlichen Arbeitervereinigungen führen die Arbeitslosenunterstützung ein, während der Verein deutscher Schuhmacher, welcher auf moderner Basis aufgebaut ist, sich bisher ablehnend gehalten hat. Würde solche Unterstützung aber auf staatlichem Wege eingeführt werden, so ließe es einfach zahlen, dann geht es auch, weil die Polizei und Behörden dahinter stehen. Wenn die Schoparbeiter in der schlechtesten Zeit noch 4 bis 6 M. die Woche verdienen, so sollen sie sich nicht scheuen, die geringe Erhöhung der Beiträge für diejenigen zu zahlen, die nichts verdienen, denn es läme doch hauptsächlich darauf an, die Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen und zu erhalten. Zum dritten Punkte der Tagesordnung teilte Kollege Braun mit, daß ein Meister in der Polizeikasse noch immer des Sonntags vormittags arbeiten lasse, während Kollege Schulz die Mißstände in den Vorberhältnissen der Wappmannschen Fabrik zur Sprache brachte. Kollege Kalle machte über schlechte Ventilation. Es wurde dieselben Kollegen ambeimgestellt, die Mißstände der Beschwerdekommission mitzuteilen. Hierzu wurde die Versammlung mit einem Gock auf den Verein deutscher Schuhmacher geschlossen.

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

— An unsere Bevollmächtigten und Vertrauensleute richten wir nochmals das dringende Ersuchen, die katifischen Karten, soweit dies noch nicht geschehen, umgehend an uns einzuliefern.

— Beloren wurden folgende Mitglieder, die hiermit für unglücklich erklärt werden: H.-Nr. 2878, B. Ballhorn, geb am 16. Dezember 1858 zu Gagenow, eingetr. am 4. September 1900 in Altona, zur Zeit in Duenen; H.-Nr. 11814, W. H. Hübner, geb. am 10. März 1881, eingetr. am 7. August 1899 in Ulzen; H.-Nr. 17990, Th. E. Rastbach, geb. am 23. August 1871 zu Gesehshaus, eingetr. am 2. Mai 1899 in Dresden; H.-Nr. 35 936, Hermann Friedel, geb. zu Zibedewen am 1. Juli 1884, eingetr. in Pöfned am 9. Mai 1901.

— Ausgeschlossen nach § 3 a. d. wurden auf Antrag der Zahlstelle Zültingen: Gustav Adolf März, H.-Nr. 2112, geb. zu Zültingen am 18. Januar 1865, eingetr. in Zültingen am 26. Januar 1890; Conrad Gany, H.-Nr. 21684, geb. zu Oberweiß am 4. Juli 1864, eingetr. in Zültingen am 10. August 1897;

* Wir glauben, einen unangenehmen Streit vermeiden zu können. D. N.

